

werden können. Außerdem werden die Tageswaren der Reichsbekleidungsstelle überwiesen, welche dieselben in der gewohnten Weise lediglich der bedürftigen Bevölkerung nach und nach abgibt.

Nach wie vor wird also geringes Angebot haben. Die Nachfrage wird aber gesteigert 1. durch Rückkehr der Krieger, die alle Zivilkleidung gebrauchen, 2. durch Bildung neuer Haushaltungen und 3. angesichts des zeitlang zurückgelassenen Bedarfs. Ein Abbau der Preise kann daher nur sehr langsam und allmählig erfolgen. Es ist selbstverständlich ratsam, in diesen Seiten der Teverung nur das Notwendigste zu kaufen. Völkisch wäre es, selbst dringende Bedürfnisse zurückzustellen, in der trügerischen Hoffnung, sie bald billiger aufziedigen zu können.

12½ Milliarden 9. Kriegsanleihe gezeichnet! Von unterrichteter Seite hören die „Frankf. Nahr.“, daß die Zeremonien auf die 9. Kriegsanleihe bereits ein sehr günstiges Ergebnis gezeigt haben. Man spricht davon, daß schon jetzt Zeichnungen eingegangen sind, die dem Gesamtergebnis der 7. Kriegsanleihe entsprachen, die rund 12½ Milliarden ergeben hatte. Die 8. Kriegsanleihe brachte bekanntlich mit 4½ Milliarden den größten Erfolg aller Anleihen. — Die Densionstasse für die Arbeiter der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, welche von den ersten Kriegsanleihen bereits rund 171 Millionen Mark Reichsbuchforderungen erwarb, hat auf die 9. Kriegsanleihe wieder 20 Millionen Mark gezeichnet.

Zur Windelwoche in Aue. Von hierher zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: „Die in Aue im September abgehaltene Sammlung der Stadt zu Gunsten bedürftiger Mütter hat das in Abrechnung der Zeitumstände günstige Ergebnis von 2½, 3tr. Wäsche und vielen brauchbaren Gegenständen sowie von 800 Mark hat gebracht. Manche opferfreudige Haussfrau hat ihrer noch irgend entbehrlieke Säuglingswäsche heraageben. So nun mit dem Vorhandenen in dringendsten Fällen hoffentlich ein wenig Abhilfe geschaffen werden. Nach Durchsicht und Fortleitung der eingesammelten Spenden in unserer Sammelstelle ist der Besuch geplant worden, die Verteilung der Wäsche nur durch Vermittlung der Hebammen zu verzögern, um eine Gewähr für möglichst gerechte Verteilung zu gewinnen. Nur jede der vier Hebammen ist eine gebürtige Mutter und in dringenden Fällen von den gebürmten für einige Tage verliehen werden soll, bis es den Wöchnerinnen möglich ist, sich das erforderliche zu verschaffen. Alle die Mütter, welche für ihre Säuglinge einzelne Gegenstände wie Windeln, Hemden, Alpchen als Eigentum gebrauchen, haben sich an die Hebammen zu wenden, welche dann das Verlanate in der Sammelstelle in Empfang nehmen können. Eine direkte Übergabe an die Verbraucherinnen selbst wird ausgeschlossen. Ein großer Teil alter und neuer Kleider und Wäsche ist zur Verarbeitung zu Windeln und Hemden geeignet, wir hoffen, daß das Kriegsamt unserer Bitte um Zuflucht entspricht, um die nötige Arbeit vornehmen zu können. Von den Hebammen vorgefaselte besondere Abschaffungen sollen von dem eingesagten Verteilungsfest zum Verleihen in Frage kommen werden, ist in Aussicht genommen.“

Die amtliche Anschrift schließt mit dem Dank an alle Hebammen, besonders an die Schuldirektoren, voran Stadtdirektor Dr. Goldhan und seine Familie, an die altrichtigen Schwestern, die die Haussammlung ausführten, sowie an die unmittelbar mithelfenden Hebammen.

Feuer. Ein Zimmerbrand ereignete sich vom Sonnabend zum Sonntag gegen 2 Uhr fehl im Hause, Markt Nr. 5. In einer als Badezimmer benutzten Kammer war unter der Decke ein Balken angeföhlt, vermutlich dadurch, daß aus dem am Abend vorher benötigten Badeoßen Kohlentelle heraus- und zwischen die Deckung, die lästig war, gefallen waren. Die sofort alarmierte Feuerwehr löschte bald den Brand und verhinderte sein weiteres Umlängen. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Vorsichtshalber oder fahrlässige Brandstiftung erscheint ausgeschlossen.

Allgemeine Volkszählung am 4. Dezember 1918. Für die praktische Durchführung der Versorgungsregelung ist eine regelmäßige einwandfreie Feststellung der Bevölkerungszahl des Reichs unerlässlich. Es sind für diesen Zweck bereits am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 allgemeine Volkszählungen vorgenommen worden. Die im Dezember 1917 ermittelten Zahlen können nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmahnahmen des nächsten Jahres angesehen werden. Daher ist auch in diesem Jahre die Vornahme einer Volkszählung wieder notwendig. Der Bundesrat hat dementsprechend angeordnet, daß am Mittwoch, den 4. Dezember 1918, eine solche Zählung vorgenommen werden soll. Die Zählung dient nur statistischen und wirtschaftlichen Zwecken. Für die Durchführung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen.

Zur Kartoffelversorgung in Sachsen. Im letzten Zeit-

heft der Landeskartoffelkarte rechtzeitig eingebunden, kann jeder Zeit seinen Abschnitt der Landeskartoffelkarte in Wochennäften eines Kommunalverbandes umtauschen. Die Winterernteung sämtlicher Kommunalverbände mit Kartoffeln ist augenscheinlich allerdings noch nicht durchgeführt, da die Lieferung aus preußischen Kreisen infolge verspäteter Entente, Wagenmangels und starken Umschwungens der Grippe längst noch nicht dazu ausreichten. Der Wagenmangel ist aber nunmehr behoben und von der Reichskartoffelkarte sind auf dringliche Vorstellungen des Landeskartoffelkommunalverbandes neuordnungs noch 80000 Btr. Kartoffeln in Sachsen zugewiesen worden. Wenn also nicht infolge militärischer Maßnahmen erneut Wagenmangel tritt, und das frostfreie Wetter noch einige Zeit anhält, so ist eine wesentliche Besserung der Zustände und damit eine geregelte Winterversorgung mit Kartoffeln zu erwarten.

Die Grippe und die Eisenbahn. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten gibt bekannt, daß zahlreiche Erkrankungen an Grippe schon seit längerer Zeit empfindlich auf den Eisenbahnbetrieb einwirken. Durch die inzwischen durchgeföhrten Zug einschränkungen konnte bisher den Anforderungen des Verkehrs eingemessen entsprochen werden. Die starke Zunahme der Erkrankungen — es sind bisher etwa 45000 Bedienstete im preußisch-hessischen Eisenbahnbetrieb durch die Grippe dienstuntauglich — erfordert schleunigst die Aufhebung weiterer Sperre zur Gewinnung von Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal, um ernste Schwierigkeiten bei der Abwicklung des kriegswichtigen und des Nahrungsmittelverkehrs abzuwenden. Bei dem Ernst der Lage hat sich die Eisenbahnverwaltung daher genötigt gesehen, nunmehr auch die Personenzüge erheblich einzuschränken und einen großen Tell der zur Zeit fahrenden Züge vorübergehend aufzuheben.

In Chemnitz ist die Grippe in weiterem Zunehmen begriffen. Der Rat der Stadt verbietet deshalb zunächst bis auf Weiteres die Abhaltung aller öffentlichen Konzerte und Vorlesungen mit allen sonstigen öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen, sowie die Abhaltung von Vorstellungen in den Theatern und in den Kinos. Auch wurde der Schulunterricht eingestellt. In Zwickau bleiben wegen des weiteren Umschwungens der Grippe die auf weiteres alle Theater, Kinos, Konzertsäle und Versammlungslokale geschlossen.

22000 Frauenmantel für die Kommunalverbände. Die Reichsbekleidungsstelle hat beschlossen, den Kommunalverbänden zur Deckung des dringlichsten Bedarfes bei Bevölkerung 32000 Frauenwintermantel zu liefern. Bei dieser geringen Anzahl werden natürlich nicht alle Kommunalverbände berücksichtigt werden können. — Ferner hat die Reichsbekleidungsstelle den Landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und Arbeitnehmerinnen durch Vermittlung der Kriegswirtschaftskämter rund eine Million Anzüge und 150000 Decken zur Verfügung gestellt.

Rohlenförderung am Reformationstag. Um 81. Okt. (Reformationstag) werden viele Kohlenwerke ihre Werke voll aufzurichten. Es erscheint im öffentlichen Interesse allseitig dringend geboten, die Eisenbahngüterwagen in diesem Tage zu entladen, damit eine Unterbrechung bei Belieferung leerer Wagen an die Kohlenwerke nicht eintrete.

Bergstadt, 27. Oktober. Der verstorbene Ehrenbürger der Stadt, Stadtrat Moritz Meister, hinterließ der Stadt zwei Vermächtnisse in Höhe von je 10000 Mark. Das eine ist für das geplante Bürgerhospital bestimmt.

Letzig, 27. Oktober. Zur Belebung des Mangels an Umlaufmitteln haben Rat und Stadtvorordnete beschlossen, Gutscheine auszugeben, und zwar 1 Million Stück Fünf-Mark-Gutscheine und 750000 Stück zwanzig-Mark-Gutscheine, zusammen also für 20 Millionen Mark Menowert. Die Kreishauptmannschaft hat aber nur die Ausgabe von 15 Millionen Mark genehmigt. Hiergegen sollen Vorstellungen erhoben werden.

Dresden, 26. Oktober. Wegen großer Unterschreitung hatte sich der Kaufmann Heinrich Rudolf Fischer vor dem heutigen Landgericht zu verantworten. Fischer hatte in den letzten acht Jahren in seiner Stellung als Kassierer und Prokurist einer großen Fabrik nach und nach über 120000 Mark unterschlagen. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.

Helft unseren Kriegsgefangenen!
Um 1. und 2. November Landesammlungen
für das Rote Kreuz!

Letzte Drahnachrichten.

Zu Ludendorffs Rücktritt.

Wien, 27. Oktober. Mehrere Blätter, welche die Melbung vom Abgang Ludendorffs besprechen, erklären, seine Abberufung bedeute nicht bloß einen entschiedenen weiteren Fortschritt in der demokratischen Umgestaltung Deutschlands, sondern ein weiteres Eingehen auf die Bedingungen Wilsons. Die Blätter sagen übereinstimmend, daß Ludendorff einer der mächtigsten Gestalten des Weltkrieges war, dem nicht nur sein Vaterland, sondern auch die überige Welt als Verkörperung der deutschen Willkürmacht und als Siegreicher führt den Sieg nicht versagen könne.

Ministeriat in Paris.

Paris, 27. Oktober. Im Ministeriat, welches gestern Nachmittag stattfand, gaben Clemenceau und Wilson Erklärungen über die Lage nach militärischen und diplomatischen Gesichtspunkten ab. Clemenceau sagte, die Lage sei unausgeglichen Gegenstand der Beratungen der alliierten Regierungen, und es würden gemeinsame Entscheidungen getroffen. Der Ministeriat wird nächste Dienstag wiederum zusammengetroffen.

Feindliche Pressestimmen zu den Waffenstillstandsbedingungen.

Bern, 27. Oktober. In der Londoner Morning Post führt Oberst Repton an die unerlässliche militärische Notwendigkeit aus, Frankreich die Westgrenze Frankreichs so zu sichern. Durch den Verfall Österreich-Ungarns ist Deutschland für die Zukunft ebenso gefährdet, wie durch den Verfall Russlands. Wie auch sonst immer die Bedingungen lauten möchten, diese zwei Ergebnisse bleiben für Deutschland ein absolutes Gewinn. Deshalb müßten die Westmächte, dem Beispiel der Römer folgend, den Rhein als Schutzen gegen einen künftigen deutschen Angriff festlegen.

Paris, 26. Oktober. Petit Parisien führt u. a. aus: Die Alliierten haben sich schon seit einigen Wochen über die Bedingungen des Waffenstillstandes besprochen. Offenbar wurde dabei die zeitweilige Besetzung von Festungen, Gebieten und Häfen und die Übertretung gewisser Kriegsmaterials für Armee und Marine ins Auge gesetzt. Welche Sichtung die Berliner Regierung auch ergreifen mag, die Entente wird keinesfalls überrascht sein. Sie ist bereit, den Krieg fortzuführen oder zu verhandeln, je nachdem sich die Mittelmächte führen werden oder nicht. Die anderen Pariser Zeitungen erklären übereinstimmend, daß nunmehr doch das Wort habe.

Echo de Paris sagt: Die Diskussion zwischen den Entente und Deutschland muß rein militärisch bleiben. Den künftigen Frieden werden wir mit Washington besprechen. Mit Berlin werden wir nur die Kapitulation erörtern. Jede Verweichung der beiden Gebiete würde dem Feinde zugutekommen. Die Bedingungen der Kapitulation, die noch mit Haig, Verchling und zw. festgelegt wird, werden Deutschland nicht auf diplomatischem Weg übermittelt werden; denn es ist selbstverständlich, daß Deutschland über diese Bedingungen kein Urteil zu fällen hat. Deutschland wird unter dem Schutz der weißen Flagge Parlamente in unsrer Linie schicken müssen, um unsere Bedingungen entgegen zu nehmen. Rigaud sagt: Die Bedingungen des Waffenstillstandes müssen so sein, daß denselben, der den Waffenstillstand gewährt, einen Vorfall daraus zieht, bei dem weit übersteigt, den beabsichtigtem erwartet. Der Waffenstillstand ist nicht nur die militärische, sondern auch die politische Kapitulation.

Die Vorgänge in Österreich.

Wien, 27. Oktober. Die Blätter berichten über eine Sitzung der deutsch-radikalen Reichsparteileitung, die sich insbesondere für engsten Anschluß an das deutsche Reich aussprach.

Die Vorgänge in Ungarn.

Budapest, 27. Oktober. König Karl hat das Entlassungsgesuch des Grafen Baranyi unter Verleihung des Ordens vom Goldenen Wappens angenommen und den Grafen Julius Andrássy zum Minister des Außenfern, sowie den Grafen Karolyi zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt.

Rumänien in der Dobrudscha.

Wien, 27. Oktober. Der Verlegerstatter der Neuen Freien Presse meldet aus Chernowitz, daß rumänische Truppen in die Dobrudscha eingefallen sind.

Was Wilson will.

Helsingfors, 26. Oktober. Zu Wilsons Antwort äußert sich das Blatt Ilust. Vaeltas sehr pessimistisch. Das Blatt glaubt, Wilsons Ansicht sei, Amerikas Herrschaft über Europa zu sichern; dazu sei Europas Ruin nötig. Wilson rechne damit, daß nicht nur Deutschland, sondern auch England und Frankreich reif für die Revolution seien, und wenn der Sturm losbreche, wäre Europa verloren, aber nicht Amerika, das den Krieg an eigenen Leib kaum kennen gelernt habe. Die Zeitung erinnert an den Auspruch des englischen Blattes Spectator, das bereits vor 20 Jahren schrieb: „Deutschland müsse zerstört werden.“ Die Zeit misstraut, wie weit Deutschlands tapferes Volk tapferlos sich in dieses Schicksal finden werde.

Amerikanische Blockversammlungen.

Washington, 25. Oktober. (Reuter.) Gefährdet Daniels teilte der Kommission für Marineangelegenheiten in einer Sitzung mit, daß nächstes Jahr für die Bekämpfung von Kriegsschiffen und Handels Schiffen 200000 Offiziere und Mannschaften notwendig sein würden. Der größere Teil davon werde für die neuen Handels Schiffe benötigt, die sich nach der Kriegszone begeben.

Die Luftangriffe auf Konstantinopel.

Konstantinopel, 26. Oktober. Hier anstellige Amerikaner und Engländer beschlossen die Absehung einer Delegation an ihre Regierungen mit der Bitte, Luftangriffe zu unterlassen, da dadurch nur Zivilpersonen getötet würden.

Mobilmäßigungen in Berlin.

(Umlauf) Berlin, 27. Oktober. Im Anschluß an fünf Wahlversammlungen, welche die unabhängige sozialdemokratische Partei am Sonntag nachmittag in Berlin veranstaltet hatte, an welchen insgesamt 8 bis 6000 Menschen teilnahmen, kam es an einigen Stellen der Stadt zu unbedeutenden Ausschreitungen, die von der Polizei ohne Schwierigkeit unterdrückt wurden. Vor der russischen Botschaft hatte sich am späten Nachmittag eine größere Menge unruhiger Burschen versammelt, die durch ihr larmendes Auftreten zahlreiche Steiglager herbeizogen. Dadurch wurde der Verkehr behindert, sobald er durch Steiglager der Burschen gerettet werden mußte. Sie fanden im ganzen jedoch keine Anhänger.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt:
Paul Seelmann. — **Druck und Verlag:**
Neue Freie Presse u. Verlags Gesellschaft m. b. o.

Erzgebirgische Bank E.G.m.b.H. Schneeberg-Neustadt - Hartenstein - Lauter i. Sa. - Zeichnungsstelle für die 9. Kriegsanleihe.